

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 51-52/76

Berlin

23. Dezember 1976

43. Jahrgang

Hohe Arbeitslosigkeit in der Europäischen Gemeinschaft

Während der weltweiten Rezession 1974/75 hat sich in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft die Lage am Arbeitsmarkt besorgniserregend verschlechtert. Ihren bisherigen Höhepunkt erreichte die Arbeitslosigkeit um die Jahreswende 1975/76; zu dieser Zeit waren 5,5 Mill. Arbeitslose registriert. Bis Mitte 1976 besserte sich die Situation lediglich in der Bundesrepublik Deutschland und Dänemark wieder etwas. Obwohl sich in allen Ländern die Konjunktur schon spürbar erholt hatte, betrug die Zahl der registrierten Arbeitslosen in der EG aber immer noch fast 5 Millionen. Dies entsprach einer Arbeitslosenquote von 4,7 vH. Zu dieser Verringerung der Arbeitslosenzahl hat auch die Rückwanderung von Gastarbeitern beigetragen. Gastarbeiter aus EG-Ländern werden in ihrem Heimatland häufig nicht als Arbeitslose registriert. Die Zahl der ausländischen Beschäftigten verringerte sich 1975 allein in der Bundesrepublik um 300 000 bzw. 14 vH.

Stärker als die Arbeitslosigkeit ging die Kurzarbeit zurück. Die Zahl der Kurzarbeiter verringerte sich von rund 2 Millionen (2. Quartal 1975) auf weniger als eine Million (2. Quartal 1976). Im Laufe des Winterhalbjahres werden jedoch Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in vielen Ländern saisonbereinigt wieder zunehmen. Dabei ist nicht auszuschließen, daß die Arbeitslosenzahl noch über den bisherigen Höchststand hinausgehen wird.

**Arbeitsmarktstatistiken International
nur bedingt vergleichbar**

Die Analyse wird indes dadurch erschwert, daß die Aussagefähigkeit der Arbeitsmarktstatistiken häufig

sehr mangelhaft ist. Geben schon die in den einzelnen Ländern verfügbaren Daten nicht ausreichend über die konjunkturellen und strukturellen Entwicklungen am Arbeitsmarkt Auskunft, so wird die internationale Vergleichbarkeit auch dadurch beeinträchtigt, daß die Definitionen der „Arbeitslosigkeit“ sowie die statistischen Erfassungsmethoden und -möglichkeiten stark differieren.

So werden in vielen Ländern die erstmalig Arbeitssuchenden nicht als arbeitslos registriert; dies gilt insbesondere für die jugendlichen Arbeitslosen. Nur in einigen Ländern (z. B. Bundesrepublik Deutschland, Frankreich) gibt es neben den „Arbeitslosen“-zahlen auch Angaben über die Zahl der Arbeitssuchenden. Meist deckt sich der Kreis der Leistungsberechtigten aus Arbeitslosenversicherung oder -fürsorge nicht mit dem der tatsächlich Arbeitslosen. Zum Beispiel lassen sich in Großbritannien und Italien viele Arbeitslose nicht registrieren, wenn sie mit der Registrierung nicht auch die Berechtigung zum Empfang von Unterstützungszahlungen erlangen. Oder es werden Arbeitslose durch Vereinbarungen zwischen den Sozialpartnern zu „Kurzarbeitern“ erklärt (Italien), indem auch bei Vollarbeitslosigkeit der Arbeitsvertrag formal aufrechterhalten wird, da sie dann — zumindest vorübergehend — eine wesentlich höhere Unterstützung erhalten können. In Ländern mit hoher regionaler oder struktureller Arbeitslosigkeit (Irland, Italien) melden sich Personen mit geringer Aussicht auf den Bezug von Leistungen ebenfalls gar nicht erst als arbeitslos, da sie die Aussicht auf Vermittlung eines Arbeitsplatzes als hoffnungslos einschätzen, während in Ländern mit

Entwicklung der registrierten Arbeitslosigkeit in der EG 1973 bis 1976¹⁾

Zeitraum	Bundesrepublik Deutschland	Frankreich	Italien	Niederlande	Belgien/Luxemburg	Großbritannien	Irland	Dänemark	EG
Arbeitslose in 1000									
1973	282,1	394,1	1 004,8	117,0	106,2	630,3	66,6	20,3	2 621,4
1974	601,7	497,8	997,2	143,2	124,2	635,5	72,0	53,1	3 124,7
1975	1 085,7	839,7	1 106,5	195,7	208,1	977,6	98,7	126,6	4 638,6
1976 ²⁾	1 071,0	899,8	1 178,4	211,4	259,1	1 355,5	110,6	118,1	5 203,9
1973 I	330,0	398,4	1 127,9	137,4	110,9	764,8	74,2	29,0	2 972,6
II	217,6	345,9	982,9	105,2	100,0	642,2	65,5	17,9	2 477,2
III	219,3	376,3	929,9	104,1	102,0	590,4	61,8	11,1	2 394,9
IV	361,5	455,9	978,7	121,3	111,9	523,7	65,0	23,2	2 641,2
1974 I	600,8	461,2	1 052,5	150,0	111,3	627,7	71,5	30,0	3 105,0
II	475,0	394,7	954,6	120,9	101,6	595,0	66,9	28,4	2 737,1
III	525,0	453,6	960,9	134,8	134,8	658,6	68,2	48,8	2 984,7
IV	805,8	681,6	1 020,8	167,2	148,9	660,6	81,6	105,3	3 671,8
1975 I	1 150,6	763,5	1 096,5	196,1	169,0	788,7	93,9	134,7	4 393,0
II	1 035,7	744,2	1 080,6	179,5	176,7	853,8	95,9	110,7	4 277,1
III	1 023,9	836,1	1 091,2	193,6	236,4	1 095,5	98,7	110,7	4 686,1
IV	1 132,6	1 015,1	1 157,8	213,7	250,0	1 172,3	106,2	150,4	5 198,1
1976 I	1 296,0	978,2	1 219,8	230,9	247,7	1 297,5	113,4	136,0	5 519,5
II	989,4	852,7	1 151,2	194,3	238,2	1 294,9	109,7	107,0	4 937,4
III	927,6	868,5	1 164,3	209,1	291,5	1 474,0	108,6	111,4	5 155,0
Veränderung gegenüber Vorjahrszeitraum in vH									
1973	14,3	2,8	- 4,1	2,0	4,8	- 28,8	- 7,5	- 32,8	- 9,0
1974	113,3	26,3	- 0,8	22,4	16,9	0,8	8,1	120,7	19,2
1975	80,4	68,7	11,0	36,7	67,6	53,8	37,1	130,1	48,4
1976 ²⁾	0,1	15,2	8,2	11,4	33,4	48,5	15,0	- 0,5	16,9
1976 I	12,6	28,1	11,2	17,7	46,6	64,5	20,8	1,0	25,6
II	- 4,5	14,6	6,5	8,2	34,8	51,7	14,4	- 3,3	15,4
III	- 9,4	3,9	6,7	8,0	23,3	34,6	10,0	0,6	10,0

¹⁾ Unbereinigt. — ²⁾ Durchschnitt der ersten drei Quartalswerte.
 Quellen: SAEG: Konjunkturstatistik; OECD: Main Economic Indicators.

hoher Leistung an Arbeitslose auch Personen als arbeitslos gemeldet bleiben, die tatsächlich nicht wieder arbeiten oder nur saisonal aushelfen wollen. In Dänemark werden Teilzeitbeschäftigte, die arbeitslos werden, nicht als Arbeitslose erfaßt.

Die internationale Harmonisierung und die Verbesserung der Definition von Arbeitslosigkeit für statistische Zwecke werden nicht zuletzt dadurch erschwert, daß in allen EG-Ländern von dieser Definition bedeutende finanzielle Leistungen im Rahmen der sozialen Sicherung abhängen. Für die Beurteilung des konjunkturellen Aspekts der Arbeitslosigkeit ist allerdings die Veränderung der Zahl der registrierten Arbeitslosen trotz definitorischer Unterschiede ein aussagefähiger und vergleichbarer Indikator.

Arbeitslosigkeit nicht allein konjunkturabhängig

Ein Vergleich des allgemeinen Konjunkturverlaufs mit der Entwicklung der Arbeitslosenquote läßt erkennen, daß die Konjunktur in allen EG-Ländern nur eine unter mehreren Determinanten der Entwicklung der Arbeitslosenzahlen ist.

Das Arbeitskräftepotential nimmt in den EG-Ländern zur Zeit und in den nächsten Jahren mit durchschnittlich 0,6 bis 0,7 vH pro Jahr außerordentlich stark zu, da geburtenstarke Jahrgänge auf den Arbeitsmarkt drängen. Gleichzeitig investiert die Wirtschaft immer noch mit großer Zurückhaltung und zudem auch unter dem Aspekt der Einsparung von Arbeitskräften. Die Gründe hierfür liegen in relativ pessimistischen Absatzerwartungen und dem außerordentlich kräftigen Lohnstückkostenanstieg der letzten Jahre. Hinzu kommt, daß auch die Verbesserung der Sozialgesetze in einigen Ländern (Italien, Großbritannien, Bundesrepublik Deutschland) die Beschäftigungskosten für die Unternehmen entweder unmittelbar oder über eine Erschwerung von Entlassungen erhöht hat. Dies mag dazu beigetragen haben, daß eher zu wenig als zu viel Personal eingestellt wird. Selbst die Abschwächung des Lohnstückkostenanstiegs im Jahr 1976 hat in den meisten Gemeinschaftsländern noch keinen genügenden Anreiz zu einer zügigeren Personaleinstellung geboten. Schließlich hält sich auch der Staat wegen finanzieller Engpässe mit Neueinstellungen zurück. Da hier besonders viele Hochschulabsolventen einen Arbeitsplatz fanden, sind nun — bei steigenden Zah-

len von Hochschulabgängern — erstmalig in größerem Umfang auch Akademiker arbeitslos.

In anderen Bereichen ist Arbeitslosigkeit infolge Fehlqualifikation ebenfalls nicht selten. Zunehmende Frauenarbeit hat zudem zu einer Verringerung der geographischen Mobilität beigetragen, so daß — wenn einer der Ehepartner arbeitslos wird — die Vermittlungschancen regional begrenzt sind.

Wirtschafts- und sozialpolitische Doppelstrategie

Die wirtschaftspolitischen Instanzen in den EG-Ländern haben versucht, der hohen Arbeitslosigkeit mit einer wirtschafts- und sozialpolitischen Doppelstrategie zu begegnen. Zwar können auf Dauer allein Maßnahmen zur Schaffung und Bereitstellung von Arbeitsplätzen eine Lösung des Arbeitslosenproblems bringen. Zunächst muß aber dafür gesorgt werden, daß die Arbeitslosen eine finanzielle Kompensation für unzumutbare Einkommenseinbußen erhalten.

Die Erkenntnis, daß es heute nicht mehr tragbar ist, den Lebensstandard eines Arbeitslosen stark sinken zu lassen, hat sich in den EG-Staaten weitgehend durchgesetzt. In den meisten EG-Ländern sind daher von 1974 an die Leistungen der Arbeitslosenversicherung und/oder -fürsorge bedeutend verbessert worden, sei es in bezug auf die Leistungsdauer, die Leistungshöhe oder den Kreis der Empfangsberechtigten. 1975 haben die EG-Mitgliedstaaten Arbeitslosengeld im Werte von über 10 Mrd. Rechnungseinheiten (RE)¹ ausgezahlt und damit auch den mit Arbeitslosigkeit verbundenen gesamtwirtschaftlichen Nachfrageausfall wenigstens teilweise kompensiert. Selbst bei einer weitgehenden Einkommenskompensation bleiben die Arbeitslosen indes starken psychischen Belastungen ausgesetzt, die aus dem Verlust an gesellschaftlichem Status, beruflicher Anerkennung und sozialen Beziehungen resultieren, so daß auch die Wiedereingliederung in den Arbeitsprozeß mit der Dauer der Arbeitslosigkeit erschwert wird.

Das eigentliche Problem ist daher die Schaffung genügend vieler Arbeitsplätze. Insgesamt sind hier die beschäftigungspolitischen Maßnahmen — sie umfassen sowohl den Einsatz der allgemeinen geld- und finanzpolitischen Instrumente als auch spezifische Schritte zur Arbeitsplatzschaffung — noch unzureichend. Vor massiven, die gesamtwirtschaftliche Nachfrage anregenden Maßnahmen schreckt man wegen der Gefahr neuer inflationärer Impulse zurück. Hinzu kommt, daß selbst mit einer solchen Expansionspolitik das Arbeitslosenproblem schon wegen seiner strukturellen Komponenten nicht befriedigend bewältigt werden könnte.

In verschiedenen EG-Mitgliedstaaten wurde daher eine spezifische Beschäftigungspolitik entwickelt. So werden in der Bundesrepublik Deutschland Prämien für die Schaffung von Arbeitsplätzen gezahlt; in den Niederlanden werden unmittelbare Beschäftigungsprogramme durchgeführt, indem arbeitslose Jugendliche in der Landschaftsgestaltung und Sozialarbeit eingesetzt werden; in Großbritannien sind durch ein „Job creation program“ im Sozialbereich knapp 10 000 Personen beschäftigt worden. Auch in Irland und Dänemark wurden Arbeitsbeschaffungsprogramme — insbesondere für Jugendliche — in den Bereichen Umweltschutz, Renovierung von Altersheimen, Anlage von Spielplätzen usw. durchgeführt. Darüber hinaus wird in allen Ländern versucht, durch Umschulungsmaßnahmen oder Maßnahmen zur Erhöhung der beruflichen Mobilität die Lage zu verbessern. Gemessen am Umfang der Arbeitslosigkeit waren allerdings alle bisherigen spezifischen Maßnahmen der Beschäftigungspolitik ungenügend.

Ansätze zu einer gemeinschaftlichen Beschäftigungspolitik

Die steigenden Kosten der Arbeitslosigkeit und die wachsende Erkenntnis, daß es mit einzelstaatlichen Maßnahmen nicht gelingt, die Lage am Arbeitsmarkt grundlegend zu verbessern, führten dazu, daß den internationalen Aspekten des Arbeitslosenproblems — zumindest auf europäischer Ebene — immer größere Aufmerksamkeit geschenkt wird. Die Forderungen nach einer besseren Koordinierung der Konjunkturpolitik auf Gemeinschaftsebene erhielten damit verstärktes Gewicht. Zwar sind der gemeinschaftlichen Konjunktursteuerung im Hinblick auf eine Vollbeschäftigungspolitik noch engere Grenzen gesetzt als im nationalen Rahmen, jedoch könnte so wenigstens vermieden werden, daß ein Land seine Probleme auf Kosten eines anderen löst.

Die institutionellen Rahmenbedingungen für die Beschäftigungspolitik sind indes in den einzelnen Mitgliedstaaten sehr verschieden; dies erschwert eine Gemeinschaftspolitik. Dennoch ist die Gemeinschaft seit der letzten Rezession bemüht, ihre Verantwortung verstärkt wahrzunehmen.

Unter den europäischen Institutionen sind dabei der Sozialfonds, der Regionalfonds und die Europäische Investitionsbank (EIB) zu nennen. Während die EIB vor allem Darlehen (1975 etwa 830 Mill. RE²) ohne besonderen Subventionscharakter vergibt und

¹ 1 RE = 3,66 DM.

² Die Darlehen der EIB werden gewöhnlich in ERE (Europäische Rechnungseinheit) ausgewiesen. 1 ERE = 3,05 DM = ca. 0,83 RE (1975). 830 Mill. RE entsprechen somit etwa 1 Mrd. ERE.

lediglich spezielle Bankfunktionen übernimmt, haben die Mittel des 1974 gebildeten europäischen Fonds für regionale Entwicklung (1975 rund 300 Mill. RE) und des 1972 umgestalteten europäischen Sozialfonds (1975 rund 377 Mill. RE) Beihilfecharakter. Der Regionalfonds fördert vor allem Vorhaben im Industrie-, Handwerks- oder Dienstleistungsbereich sowie damit unmittelbar zusammenhängende Infrastrukturinvestitionen.

Unter dem speziellen Aspekt einer gemeinschaftlichen Arbeitsmarktpolitik kommt dem neuen Sozialfonds die größte Bedeutung zu. Die Tätigkeit des Sozialfonds ersetzt nicht etwa die der Mitgliedstaaten; sie ergänzt deren Aktionen und kann die Regierungen zu umfangreicheren Maßnahmen anregen. Insbesondere werden Zuschüsse für die Ausbildung und Umschulung von Arbeitnehmern gewährt. Begünstigt sind vor allem Personen, die aus der Landwirtschaft ausscheiden, die Textilindustrie verlassen oder neue berufliche Kenntnisse und Fähigkeiten in der Textilindustrie erwerben wollen, sowie Wanderarbeiter, Behinderte, Personen unter 25 Jahren und Arbeitslose, aber auch Personen auf der Suche nach einer ersten Beschäftigung. Die Förderung erfolgt nach bestimmten Kriterien (Erhöhung der beruflichen und geographischen Mobilität und der Beschäftigungsmöglichkeiten in der Gemeinschaft) und erlaubt eine Erstattung bis zur Hälfte der entstehenden Kosten.

Die Mittel des Sozialfonds wurden für 1976 auf 440 Mill. RE aufgestockt; die EG-Kommission erwartet auch für die kommenden Jahre eine jährliche Aufstockung von 20 bis 25 vH. Damit könnte sich der Fonds allmählich auch von seiner finanziellen Ausstattung her zu einem wichtigen Instrument der Beschäftigungspolitik entwickeln. So könnten z. B.

die Mittel, wie es im Rahmen der „Dreierkonferenz“³ vom 24. Juni 1976 vorgeschlagen wurde, für Beschäftigungsprämien in größerem Umfang eingesetzt werden. Würde man z. B. den Unternehmen Anreize zur Personalverstärkung in Höhe von etwa 3 500 RE je Neueinstellung und Jahr geben, was den durchschnittlichen alternativen volkswirtschaftlichen Kosten je Arbeitslosen in der Gemeinschaft entspräche, so könnten — bei ausschließlicher Finanzierung durch den Sozialfonds — rechnerisch 126 000, bei einer Beteiligung an nationalen Mitteln zu 25 vH mehr als eine halbe Million Arbeitslose beschäftigt werden. Programme dieser Art könnten und müßten gleichzeitig struktur- und regionalpolitische Ziele berücksichtigen, wenn ihre Wirkung nicht nur kurzfristig sein soll. Zwar ist damit zu rechnen, daß infolge von Mitnahmeeffekten der Nettoeffekt für den Arbeitsmarkt geringer ist. Die britischen Erfahrungen mit der regionalen Beschäftigungsprämie zeigen indes, daß es sich hierbei um ein recht wirksames beschäftigungspolitisches Instrument handelt.

Trotz der Erfolgsaussichten eines solchen Einsatzes wäre es unrealistisch zu erwarten, daß eine gemeinschaftliche Beschäftigungspolitik wesentlich mehr leisten könnte als eine isolierte nationale Politik. Weniger die Substitution der nationalen Politiken durch eine Gemeinschaftspolitik als vielmehr eine verbesserte Koordinierung und Ergänzung der nationalen Maßnahmen⁴ werden auch weiterhin im Vordergrund der Beschäftigungspolitik in der Europäischen Gemeinschaft stehen müssen.

³ Vertreter der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen, Mitglieder von Rat und Kommission der Europäischen Gemeinschaften.

⁴ Ein gutes Beispiel hierfür ist das koordinierte Ankurbelungsprogramm vom August/September 1975.

Exportanstieg setzt sich fort

Zur Außenhandelsentwicklung der Bundesrepublik Deutschland

Der Anstieg der realen Warenausfuhr der Bundesrepublik hat sich nach der Sommerpause (Juli und August) saisonbereinigt wieder etwas verstärkt. Das außerordentlich hohe Niveau von Anfang 1974 — vor der Rezession — wurde nun übertroffen. Dabei hat sich das Gewicht des Ausfuhranstiegs zu den Investitionsgütern hin verlagert; die Ausfuhr der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien hat nach der Jahresmitte 1976 nicht mehr zugenommen. Die Wareneinfuhr ist insgesamt weiter, aber langsamer als die Ausfuhr gestiegen. Dabei ergab sich im dritten Quartal erstmals seit zwei Jahren wieder eine Erhöhung des saisonbereinigten Ausfuhrüberschusses.

Investitions- und Verbrauchsgüterindustrien stärken den Export

Das Tempo des Ausfuhranstiegs wurde nach der Sommerpause von den Gütern der Investitions- und Verbrauchsgüterindustrien bestimmt, die rund zwei Drittel der gesamten Exportlieferungen ausmachen. Zwar wurden Erzeugnisse des Maschinenbaus noch immer nicht verstärkt exportiert, doch zeigt eine speziell Investitionsgüter erfassende Zeitreihe — in der unter anderem die Investitionsgüter der elektrotechnischen Industrie sowie des Straßenfahrzeugbaus

berücksichtigt werden —, daß der Attentismus bei den ausländischen Beziehern von Ausrüstungsgütern nachgelassen hat. Allerdings könnten in einigen Ländern auch zeitlich vorgezogene Importe eine Rolle gespielt haben, die in Erwartung von importerschwerenden Maßnahmen der betreffenden Regierungen vorgenommen wurden.

Unter den Produkten der Verbrauchsgüterindustrien haben die Lieferungen von Lederwaren/Schuhen sowie von Bekleidung überaus kräftig zugenommen. Aber auch in den anderen Branchen war generell eine weitere Exportzunahme festzustellen. Die seit Jahresmitte erneut anziehende Bestelltätigkeit läßt eine Fortsetzung des insgesamt kräftigen Exportwachstums erwarten.

Seit Jahresbeginn sind die saisonbereinigten Zuwachsraten der Ausfuhren von Grundstoff- und Produktionsgütern ständig geringer ausgefallen; in den letzten Monaten haben diese Exporte preis- und saisonbereinigt insgesamt stagniert. Die zuvor hohen Exportlieferungen der chemischen Industrie sind sogar gesunken. Sie reagierten damit unmittelbar auf den ebenfalls geschrumpften Auftragseingang aus dem Ausland. Die Ausfuhren von Erzeugnissen der Eisen- und Stahlindustrie haben sich nur wenig

Außenbeitrag und Leistungsbilanzsaldo der Bundesrepublik Deutschland

Jahr Halbjahr Vierteljahr	Ausfuhr ¹⁾				Einfuhr ¹⁾				Außenbeitrag ²⁾			Über- tra- gun- gen ³⁾	Lei- stungs- bilanz- saldo ⁴⁾	Aus- fuhr	Ein- fuhr	Terms of Trade ⁵⁾
	Insgesamt		Waren	Dienste	Insgesamt		Waren	Dienste	Insgesamt	Waren	Dienste					
	Mrd. DM	Verän- derung in vH ⁶⁾	Mrd. DM		Mrd. DM	Verän- derung in vH ⁶⁾	Mrd. DM									
1971	174,2	9,9	139,9	34,3	162,0	9,9	117,2	44,8	12,2	22,7	-10,5	-13,1	-0,9	157,0	152,2	104,3
1972	190,2	9,1	153,5	36,7	175,5	8,3	127,7	47,8	14,7	25,8	-11,1	-14,7	0,0	169,3	165,1	105,7
1973	227,4	19,6	187,5	39,9	202,6	15,5	148,5	54,1	24,8	39,0	-14,2	-16,4	8,2	198,0	182,1	103,2
1974	298,8	31,4	251,8	47,0	259,0	27,8	195,0	64,0	39,8	56,8	-17,0	-16,2	23,6	224,4	190,9	98,2
1975	293,9	-1,6	242,4	51,5	268,7	3,8	200,1	68,6	25,2	42,3	-17,1	-17,2	8,0	204,9	192,4	102,7
1975 1. Hj.	143,2	0,1	118,9	24,3	128,9	4,4	96,8	32,1	14,3	22,1	-7,8	-8,2	6,1	100,2	93,3	103,5
2. Hj.	150,7	-3,2	123,5	27,2	139,8	3,2	103,3	36,5	10,9	20,2	-9,3	-9,0	1,9	104,7	99,1	102,0
1976 1. Hj.	159,9	11,6	133,4	26,5	147,6	14,5	113,9	33,7	12,3	19,5	-7,2	-9,4	2,9	110,9	104,3	101,8
1975 I	70,2	1,1	58,1	12,1	61,2	4,9	45,9	15,3	9,0	12,2	-3,2	-3,9	5,1	49,1	44,5	103,9
II	73,0	-0,9	60,8	12,2	67,7	3,9	50,9	16,8	5,3	9,9	-4,6	-4,3	1,0	51,1	48,8	103,2
III	71,9	-5,6	58,1	13,8	68,9	-1,2	48,6	20,3	3,0	9,5	-6,5	-4,2	-1,2	49,6	48,9	102,8
IV	78,8	-0,9	65,4	13,4	70,9	7,8	54,7	16,2	7,9	10,7	-2,8	-4,8	3,1	55,1	50,2	101,2
1976 I	78,0	11,0	65,3	12,8	71,2	16,2	55,0	16,2	6,8	10,3	-3,4	-4,4	2,4	54,3	50,7	102,2
II	81,9	12,2	68,1	13,7	76,4	13,0	58,9	17,5	5,5	9,2	-3,8	-5,0	0,5	56,6	53,6	101,5
III	84,5	17,5	69,0	15,5	80,8	17,2	59,5	21,3	3,7	9,5	-5,8	-5,1	-1,4	56,8	55,0	101,3

¹⁾ In der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung; jeweilige Preise. — ²⁾ Ausfuhr abzüglich Einfuhr. — ³⁾ Saldo zwischen Einnahmen und Ausgaben. — ⁴⁾ Außenbeitrag abzüglich Saldo der Übertragungen. — ⁵⁾ Durchschnittswerte der Ausfuhr in vH der Durchschnittswerte der Einfuhr; Basisjahr 1962 = 100. — ⁶⁾ Gegenüber der Vorjahrszeit.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung des DIW.

gegenüber dem Tiefstand gegen Ende 1975 erholt. Insgesamt gesehen deutet die Entwicklung der Auftragseingänge bei den Grundstoffindustrien für die nächsten Monate auf anhaltende Stagnation der Exporte hin.

Exportentwicklung in die EG-Länder ohne Schwung

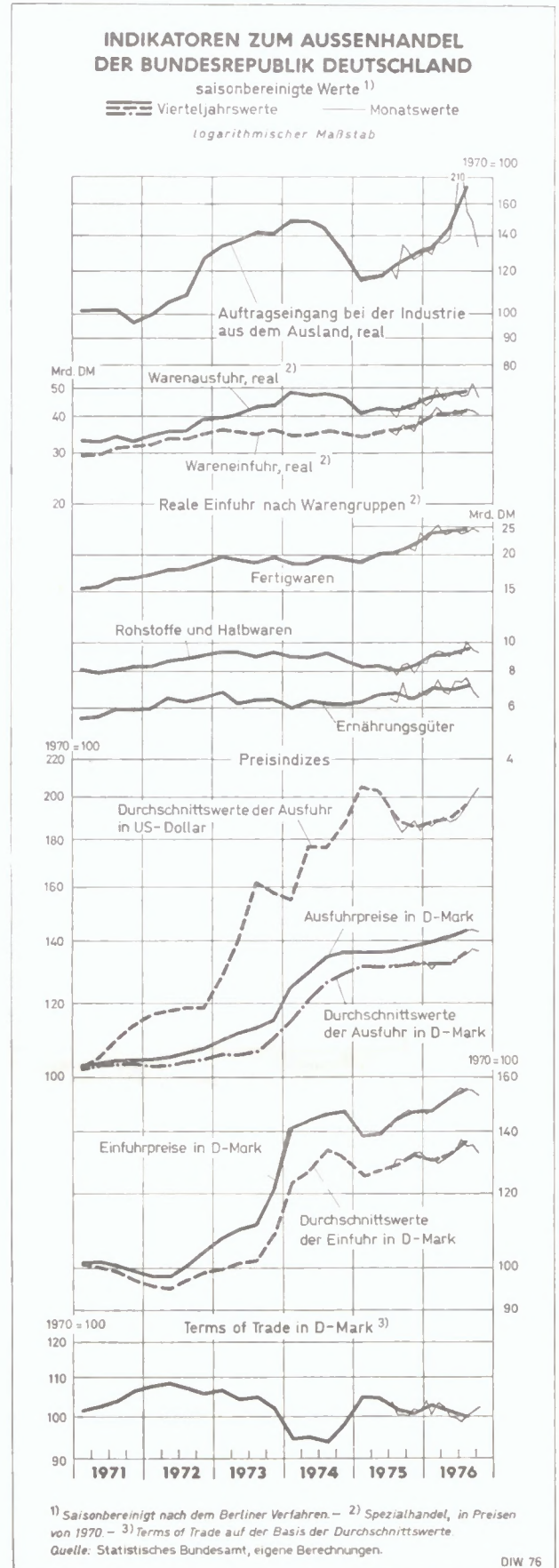
Der Anteil der EG-Länder am gesamten Export betrug im Zeitraum von Juli bis Oktober 1976 rund 45 vH. Er ist gegenüber den vorangegangenen vier Monaten um zwei Prozentpunkte zurückgegangen. Die unterdurchschnittliche Entwicklung beruht vor allem auf rückläufigen Lieferungen nach Italien sowie auf der Stagnation der Exporte nach Frankreich und Belgien-Luxemburg. Allerdings läßt die im September/Okttober zu beobachtende Erholung der Ausfuhr nach Italien vermuten, daß der Trend der Exporte nun nicht mehr abwärts gerichtet ist. Die Ausfuhren in die Niederlande, nach Großbritannien sowie nach Dänemark haben sich in den letzten zwei Monaten ebenfalls belebt.

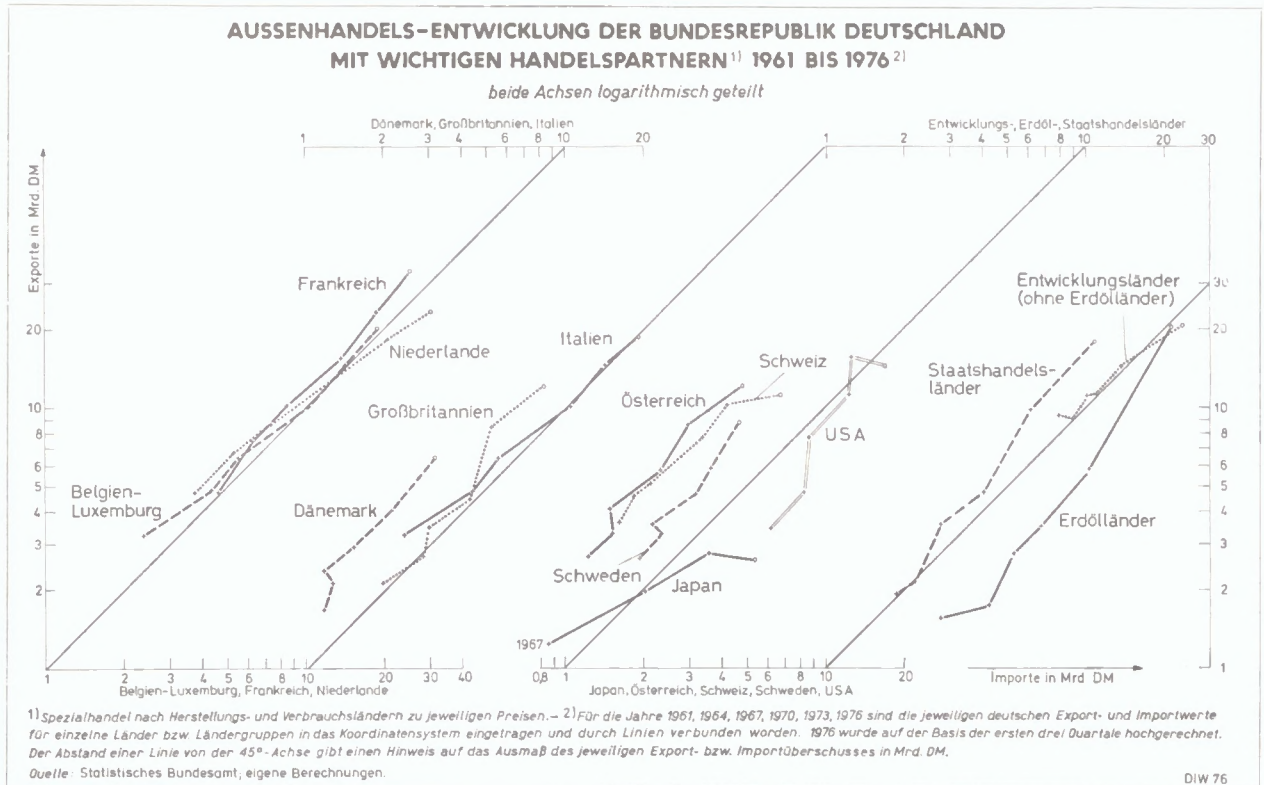
Die Lieferungen in die EFTA-Länder und die außer-europäischen Industrieländer — insbesondere die USA — haben in den Herbstmonaten saisonbereinigt deutlich zugenommen. Unter den EFTA-Ländern sind die Ausfuhren nach Österreich und Schweden beschleunigt gestiegen. Die Exporte in die Erdölländer, die von Mitte 1975 bis Mitte 1976 stagniert hatten, expandierten wieder mit fast so hohem Tempo wie 1974 nach der starken Ölpreissteigerung.

Die Ausfuhren in die nicht-erdölfördernden Entwicklungsländer steigen seit dem Frühjahr parallel zum Gesamtexport, nachdem sie davor auf niedrigem Niveau stagniert hatten. Die Ausfuhren in die Ostblockländer zeigten bis zuletzt keinerlei Belebungstendenzen; saisonbereinigt verharren sie auf dem Ende 1974 erreichten Stand.

Einfuhrentwicklung geprägt von Sondereinflüssen

Die reale Wareneinfuhr weist seit Mitte dieses Jahres, nach dem Abklingen des raschen Lageraufbaus, nur noch eine leichte Aufwärtsbewegung auf. Bei den einzelnen Warengruppen zeigten sich in dieser Periode teilweise gegenläufige Tendenzen. So sind die Einfuhren von Halbwaren zurückgegangen, während die Rohstoffimporte kräftig zunahmen. Der Anstieg der Rohstoffimporte wurde bestimmt durch hohe Bezüge von Erdöl. Dabei dürfte neben einem Nachholeffekt — saisonbereinigt hatte das Einfuhrvolumen von Erdöl im Zeitraum von März bis Juni nur leicht zugenommen — auch Substitution eine Rolle gespielt haben: Die Importe von Kraftstoffen und Schmierölen, die unter den Halbwaren erfaßt werden, sind gleichzeitig gefallen. Daher ist zu vermuten, daß der Binnenmarkt wieder stärker





mit den Produkten aus eigenen Raffinerien beliefert wurde.

Die Einfuhren von Fertigwaren lassen nach den Sommermonaten, in denen sie stagniert hatten, wieder eine deutliche Belebung erkennen. Diese ist für die Enderzeugnisse — bedingt durch beschleunigt wachsende Verbrauchsgüterimporte — etwas stärker als für die Fertigwaren-Vorerzeugnisse.

Steigende Ausfuhrüberschüsse gegenüber den westlichen Industrieländern

Die Entwicklung des Außenhandels der Bundesrepublik ist im bisherigen Jahresverlauf von einer tendenziellen Zunahme der Ausfuhrüberschüsse geprägt. Dies ist allein auf den Handel mit den westlichen Industrieländern zurückzuführen. Für die Gruppe der Entwicklungsländer (ohne Erdölländer) hat ein kräftiger Anstieg der westdeutschen Einfuhren dagegen zu einer Vergrößerung des Einfuhrüberschusses der Bundesrepublik geführt. Auch der Außenhandel mit den Erdölländern wurde nach vorübergehenden Überschüssen wieder defizitär. Einen deutlichen Rückgang der hohen Ausfuhrüberschüsse gegenüber den Staatshandelsländern hat es aufgrund stark steigender Bezüge der Bundesrepublik insbesondere im Handel mit der Sowjetunion gegeben.

Die für die Gruppe der westlichen Industrieländer insgesamt feststellbare Zunahme des deutschen Ausfuhrüberschusses verbirgt zum Teil erheblich gegenläufige Positionen im Handel mit den einzelnen Ländern: Gegenüber den USA und Japan, aber auch den Niederlanden, ist im Gegensatz zur allgemeinen Tendenz sogar eine Vergrößerung der Einfuhrüberschüsse zu verzeichnen. Eine starke Ausdehnung der Ausfuhrüberschüsse gab es dagegen vor allem im Handel mit Frankreich, Großbritannien, Dänemark sowie mit den meisten EFTA-Ländern, hier insbesondere mit der Schweiz und Österreich. Wechselhaft ist die Entwicklung des Saldos der Bundesrepublik im Handel mit Italien. Nach geringen Ausfuhrüberschüssen gegen Ende 1975 sowie im ersten Halbjahr 1976 war das Ergebnis zuletzt wieder defizitär, wohl auch eine Folge der einfuhrhemmenden Maßnahmen der italienischen Regierung. Die Grafik läßt diese aus einer kurzfristigen Analyse gewonnenen zeitnahen Tendenzen nicht erkennen. Sie zeigt aber gut die Position einzelner Länder und Ländergruppen im Außenhandel mit der Bundesrepublik auf etwas längere Sicht sowie sich andeutende Positionswechsel; man erkennt z. B., daß der Handel mit den Niederlanden, der über viele Jahre hinweg Überschüsse brachte, Anfang dieses Jahrzehnts offenbar chronisch defizitär geworden ist.

Beruhigung des Preisanstiegs im Außenhandel

Die Preisentwicklung im Außenhandel war im Sommer 1976 zeitweilig durch eine verstärkte Verteuerung der Importe und Exporte (Durchschnittswerte) gekennzeichnet. In den letzten Monaten gingen die Außenhandelspreise dagegen zurück, besonders kräftig die der Einfuhr. Die Durchschnittswerte eingeführter Güter lagen zuletzt nur um 1 vH über ihrem Vorjahrsniveau, die der Ausfuhren dagegen um rund 4 vH. Die insgesamt ruhige Preistendenz war nicht zuletzt der Aufwertung der D-Mark zuzuschreiben. In ihrem Gefolge haben sich die Terms of Trade der Bundesrepublik von der Jahresmitte an wieder verbessert.

Ausblick

Die zukunftsweisenden Indikatoren für die Exportentwicklung sind widersprüchlich. Der konjunkturelle Aufschwung in wichtigen Partnerländern fiel nach den Sommermonaten schwächer aus, als allgemein zunächst erwartet worden war. Die Überzeichnung des Auftragseingangs im Juli und August durch die Großaufträge bei Kernkraftwerken verdeckt die aktuellen Tendenzen der Bestellungen aus dem Ausland. Doch dämpfen sowohl die zuletzt wieder sehr niedrigen Auftragseingänge beim Maschinenbau wie die fortdauernde Exportschwäche speziell bei der

Eisen- und Stahlindustrie wie auch generell im Bereich der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien allzu hochgespannte Erwartungen.

Das Volumen der im September und Oktober bei der gesamten verarbeitenden Industrie eingegangenen Bestellungen aus dem Ausland liegt leicht über den im Durchschnitt des ersten Halbjahres verzeichneten Ergebnissen. Dies spricht für einen weiteren Anstieg auch der realen Ausfuhr, bei allerdings fühlbar gedrosseltem Tempo. Neue Unsicherheiten über die Exportentwicklung nach der Jahreswende ergeben sich daraus, daß ungewiß ist, wie die Anfang 1977 wirksam werdende Anhebung des Erdölpreises die Konjunktur im Ausland beeinflussen wird.

Die reale Einfuhr wird wahrscheinlich in den letzten Monaten dieses Jahres stärker zunehmen als die Ausfuhr, vor allem, weil die bisher insgesamt nur leicht gestiegenen Importe von industriellen Vorprodukten sich im Tempo der expandierenden Produktion anpassen werden; auch werden ausländische Fertigwaren, deren Wettbewerbsposition von der starken Stellung der D-Mark begünstigt wird, zunehmend auf den heimischen Markt drängen. Die Bundesrepublik wird also in den nächsten Monaten die Konjunktur in den anderen Ländern über ihren Außenhandel eher stützen als selbst von der Auslandskonjunktur profitieren.

Die nächste Nummer des Wochenberichts erscheint am 6. Januar 1977

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D 1000 Berlin 33
Telefon (030) 8 29 11

Präsident: Dr. Karl König

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Günther John,
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Manfred Liebrucks, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter,

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D 1000 Berlin 33

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner

Hohe Arbeitslosigkeit in der Europäischen Gemeinschaft bearbeitet von Joachim Volz. —

Exportanstieg setzt sich fort bearbeitet von Herbert Lahmann.

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D 1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangaben zulässig. Druck: Zippel-Druck in Firma Büro-Technik Berlin, Muskauer Str. 43, D 1000 Berlin 36.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 50,—, vierteljährlich DM 15,—, Einzelnummer DM 2,—.